

Landesteilhabebeirat, Teerhof 59, 28199 Bremen

Vorsitzender
Herr Arne Frankenstein
Stellvertreterin
Frau Heima Schwarz-Grote
Stellvertreter
Herr Lars Müller

Geschäftsstelle
Landesteilhabebeirat
Teerhof 59
28199 Bremen

Tel. (0421) 361-18181
E-Mail: office@landesteilhabebeirat.bremen.de
Internet: www.teilhabebeirat.bremen.de
Bremen, 25. März 2025

Protokoll der 45. Sitzung des Landesteilhabebeirats am 12. Februar 2025

Dauer und Ort: 15:00 - 18:10 Uhr, Bremische Bürgerschaft, Raum 2

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 44. Sitzung vom 20. November 2024

Das Protokoll wird wie vorgelegt genehmigt.

TOP 3: Nachgang zur 43. Sitzung – Situation der inklusiven Beschulung an den Schulen

Der Beschluss wird auf Vorschlag des Vorsitzenden im Umlaufverfahren gefasst.

TOP 4: Aktueller Stand zur Fortschreibung des Landesaktionsplans

Aktuell laufe die interne Abstimmung im Sozialressort. In Kürze werde die Vorlage des Aktionsplans in die abschließende Ressortabstimmung gehen. Zuvor seien auf Arbeitsebene die Maßnahmen auf den Rahmen reduziert worden, der umsetzbar und finanzierbar ist. Für die Zukunft ist seitens des Senats eine Struktur gewünscht, die eine regelmäßige Anpassung und Aktualisierung möglich macht. Der Planentwurf enthalte auf struktureller Ebene einen Teilhabebericht über die Lebenslagen behinderter Menschen und verbindliche Zuständigkeitsvorgaben für die Ressorts.

Herr Müller weist auf den langen Fortschreibungsprozess und die notwendige Beteiligung Bremerhavens sowie die Finanzmittel hin, die seiner Ansicht nach direkt nach Bremerhaven fließen müssten.

Frau Wontorra kritisiert die lange Dauer der Fortschreibung des Landesaktionsplans sowie seine inhaltlichen Schwächen. Er bleibe insgesamt hinten den Erwartungen zurück.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, nach Inkrafttreten des Plans zügig in die weitere Umsetzung der UN-BRK in Bremen einzusteigen. Der Prozess habe aufgrund seiner Dauer sehr viele Ressourcen beansprucht, sodass andere Länder mittlerweile auf struktureller Ebene an Bremen vorbeigezogen seien. Er spricht sich zudem dafür aus, dass der Beirat den Plan nach seinem Inkrafttreten noch einmal im Rahmen einer Stellungnahme bewertet.

TOP 5: Vorkommnisse im „Intensivpädagogischen Angebot in einer Besonderen Wohnform“ in Friedehorst

Dr. Petra Kodré (Abteilungsleitung und Leitung der obersten Landessozialbehörde) und Bernd Schmitt (Geschäftsführer Friedehorst Teilhabe Leben gGmbH) berichten über die Vorfälle im Intensiv Betreuten Wohnen des Hauses 18 von Friedehorst. Hierbei handele es sich um ein Modellprojekt des Landes Bremen, welches mit der ersten Wohngruppe (5 Plätze) 2021 gestartet sei. Die zweite Gruppe (2 Plätze) sei im Februar 2024 gestartet, die dritte Gruppe (5 Plätze) habe sich zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Vorwürfe im Aufbau befunden und es lebten 3 Bewohner:innen in der Gruppe.

Das Modellprojekt sei seit Start des Angebots 2021 durch einen Begleitbeirat mit Vertreter:innen der Fachbehörde, der Wohn- und Betreuungsaufsicht, der Senatorin für Gesundheit, Trägervertreter:innen sowie der Interessensvertretung behinderter Menschen begleitet worden.

Am 09.09.2024 habe es Hinweise einer Mitarbeitenden zu missbräuchlichem Verhalten und körperlicher und psychischer Gewalt von Mitarbeitenden gegenüber Leistungsberechtigten gegeben. Die Vorwürfe basierten auf Vorkommnissen eines Zeitraums von ca. zwei Monaten bezogen auf die im Aufbau befindliche Wohngruppe.

Die Vorwürfe seien ernst genommen worden und es sei seitens Friedehorst Teilhabe Leben Strafanzeige erstattet worden, um die Vorwürfe strafrechtlich klären zu lassen. Die Fachabteilung der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI) sowie die Wohn- und Betreuungsaufsicht der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) seien informiert worden. Die Aufarbeitung der Vorwürfe und die konzeptionelle Weiterentwicklung werde auch weiterhin von der Wohn- und Betreuungsaufsicht begleitet und finde in Abstimmung mit der Fachbehörde statt. Für das Intensiv Betreute Wohnen gelte bis auf Weiteres ein Belegungsstopp. Es würden aktuell 8 Nutzer:innen in zwei Wohngruppen im Intensiv Betreuten Wohnen leben. Zwei geplante Aufnahmen seien aufgrund der aktuellen Situation nicht realisiert worden.

Im weiteren Verlauf der Aufarbeitung habe es weitere Vorwürfe, von Mitarbeiter:innen, Kooperationspartnern, gesetzlichen Betreuer:innen und anderen gegeben, die ein eindeutiges Bild ergeben haben, dass die fachlichen Anforderungen an eine adäquate Betreuung der Zielgruppe nicht erfüllt worden seien.

Es seien fünf Mitarbeitende und der Einrichtungsleiter und die Pädagogische Leitung widerruflich freigestellt worden. Der Einrichtungsleitung und der pädagogischen Leitung sei seitens Friedehorst Teilhabe Leben später gekündigt worden. Im weiteren Verlauf der strafrechtlichen Bearbeitung, seien weitere vier Mitarbeiter:innen widerruflich freigestellt worden. Die personelle Situation sei über Vertretungsdienste aus der Einrichtung, über externe Personaldienstleister sowie über die Zusammenlegung der Bewohner:innen in zwei Wohngruppen bestmöglich sichergestellt.

Mehrere Führungskräfte anderer Bereiche von Friedehorst Teilhabe Leben hätten in der Interimsphase die Leitung des Intensivwohnens übernommen. In Kürze soll eine feste Interimsleitung, sowie eine Interims-Bereichsleitung eingesetzt werden.

Den Leistungsberechtigten sei eine Psychologin mit Zielgruppenkompetenzen zur Seite gestellt worden. Ihnen seien Entlastungsgespräche angeboten worden. Eine medizinische Begutachtung vom Hausarzt habe im Intensivwohnen bei den Leistungsberechtigten ebenfalls stattgefunden.

Bei der Aufarbeitung der Vorfälle zeichnete sich das Bild eines abgeschotteten Systems, welches nach außen durch die zwei freigestellten Leitungskräfte vertreten wurde. Sämtliche Kommunikation von außen nach innen sei ebenfalls durch die zwei Leitungskräfte selektiert worden.

Mit den gesetzlichen Betreuern und Angehörigen seien ebenfalls umgehend Gespräche geführt worden und sie seien dauerhaft in die Prozessschritte eingebunden.

Zur fachlichen Aufarbeitung und zur Fort- und Weiterbildung würden nunmehr Gewaltschutz- und ProDeMa-Deeskalationsschulungen durchgeführt. Ebenso habe Friedehorst eine Organisationsentwicklerin eingesetzt, um die Vorfälle aufzuarbeiten. Friedehorst suche aktuell nach einer dauerhaften Einrichtungsleitung für das Angebot.

Es werde grundsätzlich die Weiterführung des Angebotes angestrebt. Die gegenwärtige Situation sei aber sehr dynamisch, sodass die weiteren Entwicklungen abzuwarten seien.

In der abschließenden Diskussion werden Nachfragen zur Darstellung von Herrn Schmitt und Frau Dr. Kodré erörtert.

TOP 6: Vorstellung der „Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“

Es wird auf die anliegende Präsentation zum Thema von Sabine Hastedt (SASJI) verwiesen.

TOP 7: Vorstellung der Umfrage „Wohnbedürfnisse junger behinderter Menschen“

Es wird auf die anliegende Präsentation zum Thema von Frauke Günther (SASJI) und der Hochschule Bremen verwiesen.

TOP 8: Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert den Beirat, dass die vom Beirat gewünschte Länderabfrage zu den Budgets für die Umsetzung von Maßnahmen aus den Landesaktionsplänen zur Umsetzung der UN-BRK sowie zu den Partizipationsfonds derzeit von der Geschäftsstelle des Landesteilhabebeirats durchgeführt werde. Die Zusammenfassung der Umfrage werde dem Protokoll dieser Sitzung als Anlage beigelegt.

Frau Wontorra spricht das Thema Parkplatzkonzept an und weist daraufhin, dass SelbstBestimmt Leben plant, eine Stellungnahme dazu anzufertigen und in den Landesteilhabebeirat einzubringen.

Herr Müller informiert, dass Bremerhaven nicht beteiligt wurde bei der Auswahl von barrierefreien Wahllokalen im Rahmen der Bundestagswahl 2025. Herr Bellstedt nimmt das Thema mit in das entsprechende Referat beim Senator für Inneres und Sport.

Frau Schlecht (Bremer Jugendring) gibt bekannt, dass morgen das 1. Netzwerktreffen vom Projekt Brifi 27 in der Geschäftsstelle des Bremer Jugendrings stattfinden wird.